

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Frau Schmidt-Bott, Kleinert (Marburg), Frau Dr. Vollmer  
und der Fraktion DIE GRÜNEN**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989**

**hier: Einzelplan 06**

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

**— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3206, 11/3231 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 06 01 wird Titel 532 07 – Unabhängige Regierungskommission zur Untersuchung über Ursachen der Gewalt, Entwicklung von Konzepten zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt – gestrichen.

Bonn, den 17. November 1988

**Kleinert (Marburg)**

**Frau Dr. Vollmer**

**Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion**

### **Begründung**

Die Arbeit dieser Kommission ist sinnlos und hat reine Alibi-Funktion. Sowohl national wie auch international ist umfangreiches Forschungsmaterial über Gewaltursachen verfügbar. Formal ist der Arbeitsauftrag der Kommission uferlos weit gefaßt und damit kontraproduktiv; nach den bisher bekanntgewordenen Arbeitsergebnissen erfolgt eine willkürliche Konzentration auf Gewalt im Rahmen politischer Auseinandersetzungen und rein repressive Reaktionsmöglichkeiten hierauf.

Dies dürfte darauf beruhen, daß die Kommission nicht wirklich unabhängig ist, sondern von „law and order“-Persönlichkeiten dominiert wird. Daher sind aus der weiteren Tätigkeit der Kommission lediglich Propagandaergebnisse für die offizielle Regierungspolitik zu erwarten.

Ohne die Abschlußberichte abzuwarten, werden jedoch seitens der Regierung bereits heute Gesetze zur Gewaltbekämpfung eingebracht, z. B. das sog. Artikelgesetz. Dies verdeutlicht die Irrelevanz der Kommissions-Tätigkeit für die praktische Politik.

